

## 3039/J-BR/2014

---

Eingelangt am 07.11.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

# Anfrage

des Bundesrates Herbert  
an die Bundesministerin für Inneres  
betreffend Sicherheit in unseren Gemeinden

das Bundesministerium für Inneres hat folgenden Brief herausgegeben:



### „Sicherheit in unseren Gemeinden“

Ziel der Initiative des Bundesministerium für Inneres und des Österreichischen Gemeindebundes ist es, das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen zu erhöhen, indem der Kontakt der Bürgerinnen und Bürger zur örtlichen Polizeidienststelle verbessert wird und es einen regelmäßigen Austausch von Informationen gibt. Daraus resultiert auch eine objektive Verbesserung der Sicherheitslage insgesamt.

Die Aktion besteht aus drei Eckpfeilern:

#### 1. Der Sicherheitsstammtisch

In möglichst vielen Gemeinden oder Regionen sollen ein bis zwei Mal pro Jahr „Sicherheitsstammtische“ stattfinden. Organisiert von Vertretern der Gemeinde und der nächsten Polizeidienststelle soll über die Sicherheitslage informiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger hören aus erster Hand, wo die Polizei Probleme und Handlungsbedarf sieht. Umgekehrt können die Bewohner mit den Verantwortlichen der Polizei und den lokalen Politikern Probleme und Herausforderungen aus ihrer Sicht besprechen und Anliegen deponieren. Damit soll dauerhaft der Kontakt zwischen Polizei und Bevölkerung verbessert werden. Diese Veranstaltung kann beispielsweise im Gemeindesaal oder im Kulturzentrum stattfinden. Gemeinden ohne eigene Polizeidienststelle wenden sich an die nächst gelegene Dienststelle, um ebenfalls solche Veranstaltungen durchführen zu können.

#### 2. Der/die Gemeindepolizist/in

Von der jeweils zuständigen Polizeidienststelle wird ein/e „Gemeindepolizist/in“ namhaft gemacht. Ziel dabei ist es, dass „Gemeindepolizisten“ ein Gefühl der Sicherheit vermitteln. Sie sind sichtbar in den Straßen präsent, suchen den Kontakt zur Bevölkerung und halten Sprechstunden in ausgewählten Gemeindeämtern ab. Die Gemeindepolizist/innen sind Brückenbauer zu Geschäftsinhabern, Lehrerinnen und Lehrern und anderen Personen des gesellschaftlichen Lebens. Neben ihren polizeilichen Kernaufgaben sind sie auch Dreh- und Angelpunkt für Probleme gesellschaftlicher Art. Wenn ihnen etwa ein Problem mitgeteilt wird, nehmen sie sich der Sache an und versuchen, die dafür zuständigen Stellen zu sensibilisieren und eine Lösung herbeizuführen. Ein/e Gemeindepolizist/in ist das Gesicht der Exekutive in der Gemeinde.



### 3. Regelmäßige Netzwerktreffen

In jeder Gemeinde gibt es Menschen, die im sozialen Leben sehr aktiv sind und große Verantwortung tragen. Dazu zählen zum Beispiel die **Obleute von Vereinen, Gemeinderät/innen, Leiterinnen und Leiter von Kindergärten, Schulen, Ärzte und Geschäftsinhaber/innen**. Ziel von regelmäßigen Netzwerktreffen zwischen Polizei, Gemeindeverantwortlichen und dieser Personengruppe ist es, aktuelle Sicherheitsfragen möglichst zeitnah zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten.

Diese Treffen sollen einmal pro Quartal, bei Bedarf auch öfter, stattfinden. **In kleiner und vertraulicher Runde** kann jeder dieser sozialen Verantwortungsträger seine Meinung und seine Wahrnehmung zu Sicherheitsfragen abgeben. Für die Polizei kann dies zu wertvollen Hinweisen bei der Einschätzung der Sicherheitslage beitragen.

Mit der regelmäßigen und sorgfältigen Durchführung dieser drei Elemente steigt nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung, auch die objektiv messbare Sicherheitslage wird sich mittelfristig verbessern, wenn der Kontakt zwischen Bevölkerung und Exekutive regelmäßig und intensiv stattfindet.

Die Aktion beschränkt sich selbstverständlich nicht nur auf Gemeinden mit eigener Polizeidienststelle. ALLE Gemeinden können und sollen Veranstaltungen dieser Art durchführen. Auch die gemeinsame Organisation von Sicherheitsstammtischen durch mehrere Gemeinden ist möglich und erwünscht. Bitte wenden Sie sich an den Kommandanten ihrer Polizeidienststelle und vereinbaren Sie mir ihm eine gemeinsame Vorgangsweise.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Bundesräte an die Bundesministerin für Inneres nachstehende

### Anfrage:

1. Wie viele der oben erwähnten Sicherheitsstammtische fanden heuer bereits statt, aufgeschlüsselt nach Bundesländer und den jeweiligen Bezirken?
2. Wie viele Besucher nahmen daran teil, aufgeschlüsselt auf die Besucher der einzelnen Veranstaltungen in den jeweiligen Bezirken?
3. Wie viele „Gemeinepolizisten bzw. Gemeinepolizistinnen“ gibt es im Bundesgebiet, aufgeschlüsselt auf die jeweiligen Bundesländer und Bezirke?
4. Wie viele Sicherheitsstammtische wurden von diesen „Gemeinepolizisten bzw. Gemeinepolizistinnen“ wahrgenommen bzw. organisiert, aufgeschlüsselt auf die jeweiligen Bundesländer und Bezirke?

5. Wie viele Netzwerktreffen Sinne des Pkt. 3 zwischen Polizei, Gemeindeverantwortlichen und der sozial aktiven Menschen (Verantwortungsträger) im Sinne des Pkt. 3 fanden heuer statt, aufgeschlüsselt auf die jeweiligen Bundesländer und Bezirke?
6. Welche Hauptprobleme wurden dort erörtert und in wie vielen Fällen konnte eine Lösung dafür erarbeitet werden, aufgeschlüsselt auf die jeweiligen Bundesländer und Bezirke?
7. Gilt dieses Projekt „Sicherheit in unseren Gemeinden“ für ALLE Gemeinden oder gibt es für bestimmte Bereiche (z.B. für Wien oder andere Großstädte) eine individuelle und von diesem Schreiben divergierende Vorgangsweise?
8. Wenn ja, für welche gilt diese und wie sieht diese abgeänderte Vorgangsweise im Detail aus?